Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen und die Auswärtige [illegible] entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. [illegible]

Telegramme: Tageblatt Auererzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend [illegible] Mark, auswärtige Anzeigen [illegible] Mark, amtliche Zeile 1000 Mark, Reklame-Petitzeile [illegible] Mark. — Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. [illegible]

Nr. 149 Freitag, den 29. Juni 1923 18. Jahrgang

Der Friedensbrief des Papstes.

Trotz aller Versuche, den Vatikan zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken, ist seine moralische Macht noch immer groß. Ja, man kann behaupten, daß gerade jetzt, wo es keinen Kirchenstaat mehr gibt, die rein geistige Macht des Oberhauptes der katholischen Kirche in ihrer Einwirkungsmöglichkeit gewachsen ist. Sein Reich ist jetzt wirklich nicht von dieser Welt, und niemand kann ihn durch Landwegnahme oder Kriegsdrohungen schrecken. Während des Krieges war es allerdings Italien, das jede Einmischung des päpstlichen Stuhles in die Dinge des Krieges und Friedens zurückwies. Die alten Gegensätze zwischen Quirinal und Vatikan ließen im Zentrum der weltlichen Macht immer wieder die Besorgnis aufsteigen, ein moralischer Erfolg des Papstes könne die Frage des Kirchenstaates wieder aufrollen. Rom wird ja immer an der Forderung des Kirchenstaates festhalten, aber die klugen Eminenzen sind sich längst darüber klar, daß die Leitung der katholischen Kirche nichts an Machtfülle eingebüßt hat, seitdem sie der territorialen Selbständigkeit verlustig gegangen ist. Während des Krieges hat man sich im Vatikan ehrlich um den Frieden bemüht. Im letzten Grunde sind diese Bemühungen daran gescheitert, daß auf der Seite der kriegführenden Entente das römisch-katholische Element verhältnismäßig schwach war. Roms Einfluß in Deutschland durch das starke Zentrum war viel bedeutender als seine Bedeutung in dem schismatischen Rußland, dem protestantischen England und dem freikirchlichen Amerika. In Frankreich aber klammerte man sich ängstlich an die Trennung von Staat und Kirche, wenn wirklich der Vatikan einen Versuch unternehmen wollte, die Kriegsfanatiker zum Einlenken zu bewegen.

Jetzt erhebt der Papst erneut die Stimme zum Frieden. Schon das ist ein interessantes Symbol. Wird damit doch zwar nicht ausgesprochen, aber ausgedrückt, daß der Krieg weiterdauert, der Krieg mit anderen Mitteln. Es ist nur natürlich, daß der Friedensmahner in Rom bei seinem Schritt sich nicht offen auf eine Seite stellen kann. Das würde von vornherein jeden Versuch einer Vermittlung unmöglich machen. Der Brief des Papstes Pius XI. an den Kardinalstaatssekretär Gasparri ist ein Muster diplomatischer Wohlabgewogenheit. Dennoch kann man aus ihm deutlich entnehmen, daß der Papst den französischen Ruhreinbruch als Friedensstörung verwirft. Er will jedoch kein Urteil fällen, sondern die Parteien zusammen bringen. Darum wendet sich die Kundgebung des katholischen Kirchenfürsten auch primär der Reparationsfrage zu. Unser Wille, Reparationen im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit zu entrichten, wird ohne weiteres vorausgesetzt. Schon damit tritt der Brief des Papstes jener böswilligen Unterstellung, die Poincare bis zum Ueberdruß ständig wiederholt, entgegen, daß Deutschland ein böswilliger Schuldner sei, der sich seinen Verpflichtungen entziehen will. Der Papst sieht in unserem Willen, uns dem Urteil einer unparteiischen Instanz über die Grenze unserer Zahlungsfähigkeit zu unterwerfen, mit Recht auch ein Zeichen unserer guten Absichten. Wenn Frankreich gerade diesen Vorschlag eines Schiedsgerichtes ablehnt, so kann es die diesbezüglichen Stellen des päpstlichen Briefes als Rüge für sich buchen. Die französische Presse fühlt instinktiv alle diese schwachen Punkte der französischen Disposition heraus, und darum gesteht ein französisches Organ auch ganz offen ein, daß der Standpunkt des Papstes zu einer Revision des Friedens führen müsse. Das ist durchaus richtig. Dieser Vertrag, der mit vollem Bewußtsein so abgefaßt worden ist, daß er unmöglich erfüllt werden kann, muß verschwinden, wenn Frieden in Europa einkehren soll. Aber das friedensstörerische Frankreich ist soeben dabei, die Revision des Versailler Diktates in umgekehrtem Sinne zu beginnen. Es will nachträglich sich Eroberungen und Beute über den Raubvertrag hinaus sichern. Bei solchem Bestreben muß es nicht nur mit uns, sondern mit allen Friedensmächten der Welt in Widerstreit geraten.

Auch in Deutschland wird es Kreise geben, die den Brief des Papstes nicht als Grundlage für eine Verständigung ansehen; denn auch von uns werden Opfer verlangt. Noch liegt zwar der Wortlaut nicht vor, aber es scheint, daß der Papst, um der französischen Eigenliebe weit entgegenzukommen, den Gedanken einer allmählichen Räumung des Ruhrreviers ins Auge faßt. Es ist heute nicht an der Zeit, über diese Auffassungen zu rechten. Es wäre wohl auch nicht richtig, einzelne Sätze oder Worte des päpstlichen Briefes zum Gegenstand einer Auseinandersetzung zu machen. Der Brief will als Ganzes gewürdigt sein. Entscheidend ist nicht der Wortlaut, sondern der Geist, aus dem heraus er geschrieben ist. Es ist der Geist ehrlichen Mühens um Frieden. Wer aber den Frieden will, der darf Opfer nicht scheuen.

Die Wirkungen des päpstlichen Schreibens in Frankreich wird man nicht sehr hoch anschlagen dürfen. Die Anhänger Roms im republikanischen Frankreich stehen zumeist im katholischen Lager. Das Reich ist zumeist beinahe katholisch, aber die bürgerliche Intelligenz und weite Kreise der Landbewohner haben sich von dem geistlichen Einfluß emanzipiert. Die Klerikalen sind die Verbündeten der Royalisten. Royalisten und Klerikale aber vertreten in Frankreich zugleich den ausgesprochen nationalistischen Standpunkt. Ausschlaggebend ist jene imperialistisch und militärisch infizierte Bourgeoisie, die in dem Freimaurer- und Freidenkertum ihre stärksten Kräfte hat. Dort hat man schon alles getan, um die Teilnahme des Vatikans an der Konferenz von Genua zu verhindern. Dort wird man sich nicht im mindesten darum kümmern, was der Papst empfiehlt, sondern ausschlaggebend ist für diese Kreise nur die Behauptung ihrer politischen Macht.

Dennoch wird man in Deutschland den Versuch des Papstes aufrichtig begrüßen, weil es ein Licht- und Wärmestrahl in dunkler und kalter Zeit ist, daß das Oberhaupt der katholischen Welt die Stimme der Mahnung erhebt, wenn verblendeter Machtwahn die Welt in noch tieferes Elend zu stürzen trachtet.

Eine Kanzlerrede.

In der Schlußsitzung des rheinischen Provinziallandtages am gestrigen Donnerstag nahm nach den Erklärungen der Parteien Reichskanzler Dr. Cuno das Wort. Er stellte den überwältigenden Eindruck der Erklärungen der Parteien fest, deren Einigkeit im Widerstand gegen den belgisch-französischen Rechtsbruch zu der Hoffnung berechtige, daß die Abwehr nicht vergebens sein werde. Mit dieser Einmütigkeit so führte der Reichskanzler aus, weiß sich die Reichsregierung eins. Ich kann nur immer wiederholen, daß die Rheinlande und ihre Zugehörigkeit zum Reich und zu Preußen unangetastet bleiben müssen, und daß keine irgendwie verschleierte Form der Annexion, mag sie internationale Gendarmerie oder neutrale Oberaufsicht heißen, für uns diskutabel ist. Es gibt keine Rheinlandsfrage für die deutsche Regierung, es gibt deshalb auch keinen Kompromißweg, den wir in dieser Frage beschreiten können. In dieser Auffassung ist sich die Reichsregierung eins mit den Regierungen der deutschen Länder. Die Politik der Reichsregierung vor Eintritt in die Ruhraktion und während der Ruhraktion, die Politik, die sie auch künftig außenpolitisch innehalten wird, gibt die Gewähr, daß, so fest wir in der Rheinlandsfrage stehen, so wenig irgend etwas unterlassen werden soll, was mit dem Bestand der Einheit und Souveränität des Reiches vereinbar ist und mit Deutschlands Zahlungsfähigkeit im Einklang steht, um Ruhr und Rhein frei zu machen.

In dieser besonnenen und festen Politik ist keine Schwankung eingetreten. In der Frage des passiven Widerstandes ist die Reichsregierung mit der preußischen und denjenigen der Länder einig.

Der Kanzler wies weiter darauf hin, daß es nicht zu Unbesonnenheiten kommen darf, die keine Besserung unserer Lage herbeizuführen imstande sind, sondern daß wir vielmehr im Rahmen des passiven Widerstandes besonnen bleiben müssen. So wenig es zu Unbesonnenheiten kommen darf, so wenig ist Anlaß zu Kleinmut und Schwäche vorhanden. Durch die von der Reichsregierung unternommenen Schritte sind die Augen der Welt geöffnet worden, und es sind Bemühungen im Gange, aufzuklären, was Frankreich will. Ich kann die Frage nicht beantworten, wie lange es noch dauern wird, wohl aber die Frage, was geschieht, wenn die rheinische Bevölkerung vorzeitig den passiven Widerstand aufgeben würde. Dann wäre es um Deutschland geschehen, dann wären alle Opfer an Gut und Blut vergeblich gebracht.

Mit dem Ausdruck des Dankes erwähnte der Kanzler die Mahnung des Papstes zum Frieden und die Anerkennung der deutschen Bereitschaft zu Verhandlungen und zur Erfüllung unserer Verpflichtungen, den Ruf zum Frieden und zur Versöhnung, der von der hohen Warte des Heiligen Stuhles in die Welt gegangen ist.

Im Hinblick auf den Schritt des Papstes betonte der Kanzler das sittliche Recht Deutschlands auf rasch und endgültige Befreiung von dem fremden Druck. Sagt sich Frankreich von seinen Plänen los, erkennt es Deutschlands Recht auf Freiheit und Leben an, entschließt es sich, in offener Aussprache mit den Alliierten und uns die Lösung des Reparationsproblems zu suchen, so wird die Verständigung an Deutschland nicht scheitern.

Hieran schloß der Kanzler die Mahnung zur Einigkeit und Besonnenheit an die Bevölkerung im besetzten und im unbesetzten Gebiet. Das deutsche Volk in der Heimat, im unbesetzten Gebiet muß besonnen und fest bleiben. Unbesonnenheit von deutscher Seite, komme sie von rechts oder links, verurteile ich ebenso wie alles, was die Staatsautorität gefährdet. Alles, was Zwiespalt in das Volk tragen kann, muß zurücktreten hinter der einen Frage: Wie rette ich mein Vaterland? Es gilt, nicht zu zagen und nicht zu wanken, sondern an die Männer und Frauen zu denken, die täglich Gut und Leben einsetzen für Volk und Vaterland. Die Regierung ist nicht untätig. Sie kann aber ihre Ziele nur erreichen, wenn alle Kreise des Volkes hinter ihr stehen. Nur dann lassen sich die notwendigen wirtschaftlichen Gesetze durchführen, damit nicht an irgendeinem Punkt unsere Abwehr schwach werde.

Dazu gehören die Fragen des Wuchers: der Preisgestaltung, der Anpassung der Löhne an die Preise, sowie die Frage der Währung. In diesen Lebensfragen des Vaterlandes muß der Sinn für die Allgemeinheit dem Egoismus vorangestellt werden.

Vom Standpunkt der deutschen Kaufmannsehre mahnte der Reichskanzler die Geschäftswelt, sich von unsere Währung schädigenden Spekulationen fernzuhalten, und schloß mit den Worten: Seien Sie versichert, daß von mir aus alles geschehen wird, ohne jeden Unterschied der Klasse, der Partei oder der Berufsschicht, was dem deutschen Volke, der deutschen Einheit, der deutschen Freiheit und Unabhängigkeit nützlich sein kann. Das ergibt das einfache, auf eine kurze Formel gebrachte Programm der Regierung, und ich hoffe, daß auch spätere Zeiten werden sagen können, daß das deutsche Volk sich in allen Schichten zusammen mit seiner Regierung würdig erwiesen hat des deutschen Namens und der deutschen Ehre.

• • •

London drängt — Paris zögert.

Am vergangenen Sonnabend hat das offiziöse englische Reuterbüro erklärt, daß die französische Antwort auf die englischen Fragen nunmehr bestimmt am Anfang nächster Woche in London zu erwarten sei. Poincare hat auch diesen englischen Wink, wie alle anderen früheren, unbeachtet gelassen. So bemüht sich dann die gesamte Londoner Regierungspresse abermals, auf die Notwendigkeit einer raschen Erledigung der Angelegenheit hinzuweisen, da sonst Deutschland in der Zwischenzeit vollkommen im Innern zusammenbrechen werde.

Man stellt sich auf englischer Seite also auch jetzt noch immer so, als ob man nicht erkannt habe, daß es gerade die Absicht Poincares ist, den vorherigen Zusammenbruch Deutschlands herbeizuführen. Auch im übrigen ist die Lage offenbar unverändert, indem Poincare auf der ganzen Linie an seinem Standpunkt festhält und auch nicht die geringsten Zugeständnisse gegenüber England macht. Wie sich die belgische Regierung verhalten wird, ist vor Abschluß der Kabinettskrise nicht festzustellen. Für eine selbständige Stellungnahme Italiens liegt bisher nicht das geringste Anzeichen vor. Dennoch hält man auf englischer Seite weiter an der Hoffnung fest, einen Ausweg zu finden. Das einzige Ziel der gegenwärtigen englischen Politik liegt, wie immer wieder betont werden muß, ganz offenbar darin, eine Verständigung mit Paris zu erzielen und zwar nicht nur in bezug auf Deutschland, sondern in bezug auf die gesamte Politik beider Länder.

Es besteht Grund für die Annahme, daß diese Verständigung bisher auf Schwierigkeiten gestoßen ist, die mit der Ruhrfrage und mit den Reparationen gar nichts zu tun haben, sondern auf einem ganz anderen Gebiete gesucht werden müssen. Man muß es in diesem Zusammenhange betrachten, wenn im „Daily Telegraph" angedeutet wird, daß eine direkte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland den englischen Wünschen nicht entsprechen würde, da die Bemühungen Englands im Gegenteil auf die Wiederherstellung der gemeinsamen alliierten Diplomatie gerichtet seien. England will also auch weiterhin nicht darauf verzichten, sich bei diesen Verhandlungen mit Frankreich Deutschlands als eines Kompensationsobjektes bedienen zu können. Im übrigen kann das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Paris und London nach dem „Daily Telegraph" nur als ungewiß bezeichnet werden, aber jede weitere Verzögerung müßte schwere Folgen haben, [illegible] nicht nur die kommunistische, sondern auch die [illegible] Gefahr in Deutschland brennend sei. [illegible] aus Paris keine Antwort eingelaufen sei, [illegible] sich auch eine offizielle Stellungnahme der englischen Regierung zur Lage ver-